

## Rede von Martin Bangemann über die Auswirkungen der Vollendung des Binnenmarktes (Kopenhagen, 9. November 1988)

**Quelle:** Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 10.11.1988, Nr. 149. Bonn: Deutscher Bundesverlag. "Auswirkungen und Perspektiven der Vollendung des Binnenmarktes ", auteur:Bangemann, Martin , p. 1337-1341.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten. Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_martin\\_bangemann\\_uber\\_die\\_auswirkungen\\_der\\_vollendung\\_des\\_binnenmarktes\\_kopenhagen\\_9\\_november\\_1988-de-15f3b5ad-b03e-4ef3-8dd1-6c942a623547.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_martin_bangemann_uber_die_auswirkungen_der_vollendung_des_binnenmarktes_kopenhagen_9_november_1988-de-15f3b5ad-b03e-4ef3-8dd1-6c942a623547.html)

**Publication date:** 18/12/2013

## Auswirkungen und Perspektiven der Vollendung des Binnenmarktes

### Rede des Bundesministers für Wirtschaft in Kopenhagen

*Der Bundesminister für Wirtschaft, Dr. Martin Bangemann, hielt anlässlich des 100. Geburtstages von Jean Monnet vor der Dänischen Außenpolitischen Gesellschaft am 9. November 1988 in Kopenhagen zum Thema „Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes - wirtschaftliche Auswirkungen und politische Perspektiven“ folgende Rede:*

Heute vor 100 Jahren - am 9. November 1888 - wurde Jean Monnet geboren. Dieser „Botschafter Europas“ hat unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg mit einer einfachen und kühnen Idee den Anstoß zur europäischen Einigung gegeben.

„Es wird in Europa keinen Frieden geben“, schrieb er bereits 1943, „wenn die Staaten auf der Grundlage der nationalen Souveränität wieder errichtet werden . . . Die europäischen Länder sind zu klein, um ihren Völkern das unerläßliche Maß an Wohlstand und sozialer Entwicklung bieten zu können. Daher müssen die Staaten Europas sich zu einer Föderation oder einem ‚europäischen Gebilde‘ zusammenschließen, das sie zu einer gemeinsamen wirtschaftlichen Einheit zusammenwachsen läßt“.

Sein Vorschlag an den französischen Außenminister Robert Schuman war: Kohle und Stahl, die alten Streitobjekte zwischen Frankreich und Deutschland, sollten gemeinsam verwaltet werden. Aus seiner Idee wurde die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Monnet sah in diesem ersten Gemeinschaftsvertrag ein Instrument, das tatsächliche Verbundenheit und damit erste Grundlagen für eine europäische Föderation schaffen sollte. Er war sich stets bewußt, daß es auf dem Weg dorthin Widerstände und Rückschläge geben wird.

Zur „Monnet-Methode“ der Integration gehört die Überzeugung, daß sich sogar Krisen positiv nutzen lassen. Den Widerstand betrachtete er als „sicherstes Zeichen dafür, daß man sich auf dem Weg der Veränderung befindet“.

Die Auseinandersetzungen, die in der Vergangenheit die Gemüter erhitzten, bestätigen, daß der europäische Einigungsprozeß dadurch nicht aufgehalten wurde, sondern neuen Schwung erhielt.

Noch vor einem Jahr war die Gemeinschaft in einen Streit über ihre Finanzen verstrickt, dessen Ende nicht abzusehen war. Heute sind Vollendung des Binnenmarktes und institutioneller Ausbau der Gemeinschaft die zentralen Themen. In der Tat ein gewaltiger Fortschritt.

Am 16. Dezember 1987 eröffnete Ministerpräsident Poul Schlüter seinen Bericht über den Europäischen Rat von Kopenhagen mit den Worten: „Die Tagung des Europäischen Rates vom 4./5. Dezember 1987 war eine Enttäuschung.“

Der Grund dafür war klar. Die Staats- und Regierungschefs hatten sich nicht über die dringend notwendige Reform der Finanz-, Agrar- und Strukturpolitik der Gemeinschaft einigen können. Die Enttäuschung des damaligen Ratspräsidenten war verständlich, zeigt aber nur eine Seite der Medaille.

Bei der Verabschiedung des Delors-Pakets ging es um Weichenstellungen, die für viele Jahre über die Höhe, die Aufbringung und die Verwendung der Gemeinschaftsfinanzen entscheiden sollten. Es war daher von vornherein mit außerordentlich schwierigen und auch langwierigen Verhandlungen zu rechnen. Das lag in der Natur der Sache. Auch auf nationaler Ebene gehen vergleichbaren finanzpolitischen Beschlüssen regelmäßig heftige politische Auseinandersetzungen voraus.

Tatsächlich war Kopenhagen eine wichtige Stufe für den Erfolg des Europäischen Rates von Brüssel und damit auch des Europäischen Rates von Hannover.

Deshalb möchte ich die positive Bilanz des ersten Halbjahres 1988 nicht als ein alleiniges Verdienst der deutschen Präsidentschaft betrachten, auch wenn wir stolz darauf sein können, was in dieser Zeit erreicht wurde. Selbstverständlich haben wir mit allen Kräften dazu beigetragen, daß die europäische Integration unter deutschem Vorsitz vorangekommen ist. Hinzukommen mußte jedoch der Einigungswille der Mitgliedstaaten. Ferner haben wir von dem reibungslosen Übergang vom dänischen zum deutschen Vorsitz profitiert.

Ohne Zweifel war die Einigung des Europäischen Rates vom 11./12. Februar 1988 in Brüssel über die Reform der Finanz-, Agrar- und Strukturpolitik der Gemeinschaft ein herausragendes Ereignis.

In der Einheitlichen Europäischen Akte ist die Vollendung des Binnenmarktes bis 1992 als ein für alle verbindliches Ziel festgeschrieben. Entscheidend für das Erreichen dieses Ziels ist, daß wir in allen wichtigen Binnenmarktfragen mit Mehrheit entscheiden können. Wir haben also auch das Instrument, um den Binnenmarkt zu vollenden.

Jean Monnet hatte bereits erkannt, daß die Mehrheitsentscheidung keinesfalls ein Instrument zur Unterwerfung von Minderheiten sein muß. Er sagte dazu:

„Ich hatte ... verstanden, daß die Mehrheitsregel das sicherste Mittel war, um zu einstimmigem Einvernehmen zu gelangen, denn sie führte die Entscheidung herbei, und diese Aussicht brachte die Minderheit zur Vernunft. Aber auch für die Mehrheit besteht die Vernunft darin, daß sie ihre Macht nicht zur Durchsetzung ihres Standpunktes gebraucht oder daß sie dies zumindest erst am Ende umfassender Beratungen tut.“

Die bisher getroffenen Binnenmarktentscheidungen zeigen, daß Monnet auch hier recht hatte. Aber nicht nur die behutsame Anwendung der Mehrheitsentscheidung fördert das Zusammenwachsen der Mitgliedstaaten. Auch die neue Strukturpolitik erleichtert den schwächeren Mitgliedstaaten die Eingliederung in den Gemeinsamen Markt und trägt dazu bei, daß sich die Vorteile der Integration auf alle Regionen verteilen. Das Binnenmarktziel ist so für alle Mitgliedstaaten attraktiv.

Aber der Teufel steckt im Detail. Bei aller Zustimmung zur Marktintegration gibt es doch sehr oft herbe Kritik und heftige Auseinandersetzungen, wenn es um konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung dieses Ziels geht.

Offensichtlich ist die Gefahr außerordentlich groß, daß in der Auseinandersetzung über Einzelmaßnahmen - wie den Abbau der Grenzkontrollen und die Steuerharmonisierung - der Blick für das Gesamtziel getrübt wird. Damit geht von der Politik eine Unsicherheit aus, die wir den europäischen Bürgern nicht lange zumuten dürfen.

Die völlige Freigabe des Verkehrs von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital verlangt von allen Mitgliedstaaten die Bereitschaft zu einem tiefgreifenden Strukturwandel. Darauf muß sich insbesondere die Wirtschaft rechtzeitig einstellen können. Ein Unternehmen sollte bei seinen Investitionsentscheidungen wissen, mit welchen Marktbedingungen in den kommenden Jahren zu rechnen ist.

Darin sehe ich neben der vertraglichen Verpflichtung auf das Binnenmarktziel 1992 die eigentliche Bindung für die Politik. Wir dürfen den Zeitplan des Weißbuches der Kommission nicht leichtfertig in Frage stellen. Er gibt den Bürgern Europas, den Unternehmen, Arbeitnehmern und Verbrauchern die Orientierung, die sie unbedingt brauchen.

Ich möchte daher auf einige Fragen eingehen, die von uns Politikern beantwortet werden müssen.

Bisher haben wir unseren Zeitplan für die Vollendung des Binnenmarktes etwa eingehalten. Von den 285 gesetzgeberischen Maßnahmen, die zur Vollendung des Binnenmarktes gehören, liegen zwei Drittel als Kommissionsvorschläge vor. Gut ein Drittel ist bereits vom Ministerrat verabschiedet worden. Aber

schwierige Aufgaben stehen noch bevor. Sie müssen pragmatisch gelöst werden. Darin stimmen wir sicher überein.

Zu Recht betrachtet beispielsweise die britische Regierung die Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs, des öffentlichen Auftragswesens und des Telekommunikationsbereichs sowie die Harmonisierung von Normen als wichtige Aktionsfelder. Hier gibt es noch einen erheblichen Harmonisierungsbedarf.

So wird der grenzüberschreitende Dienstleistungsverkehr heute noch stärker als der Warenverkehr behindert. Ich halte die Beseitigung dieser Barrieren für vordringlich, auch wenn mein Land in einigen Bereichen einem relativ starken Anpassungsdruck ausgesetzt sein wird.

Der Integrationserfolg wäre jedoch gefährdet, wenn einzelne Mitgliedstaaten nur dort Fortschritte akzeptieren könnten, wo sie selbst unmittelbare Interessen und Vorteile sehen. Eine Binnenmarktintegration à la carte kann es nicht geben.

Insbesondere dürfen wir schwierige Vorhaben, wie die Beseitigung von Grenzkontrollen und die Harmonisierung der indirekten Steuern, nicht zurückstellen. Sie verlangen schon jetzt unseren vollen Einsatz, wenn wir den vorgegebenen Terminplan bis 1992 einigermaßen einhalten wollen.

Ich weiß, daß die Steuerharmonisierung Ihrem Land größte Schwierigkeiten bereitet. Ich möchte meine Haltung daher etwas eingehender begründen: Vollendung des Binnenmarktes heißt letztlich mehr Markt, zusätzliche wirtschaftliche Dynamik und bessere Wettbewerbsfähigkeit der Europäer.

Das wird auch von der europäischen Industrie erkannt. Nach einer Umfrage bei mehr als 11000 Unternehmen in allen zwölf Mitgliedstaaten glaubt die Mehrheit der befragten Unternehmen, daß in einem einheitlichen europäischen Markt sowohl für sie selbst als auch für die Volkswirtschaft ihres Landes die Chancen größer sind als die Risiken.

Daß die Unternehmen aller Mitgliedstaaten die Binnenmarktintegration überwiegend positiv beurteilen, ist plausibel. Denn hier handelt es sich nicht um ein Nullsummenspiel, in dem ein Unternehmen oder ein Land seine Aktivitäten nur zu Lasten eines anderen ausweiten kann. Tatsächlich wird sich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft mit fortschreitender Integration verbessern. Die Märkte expandieren. Der Kuchen, der zur Verteilung ansteht, wird größer.

Die von der EG-Kommission in Auftrag gegebene Cecchini-Studie schätzt die mittelfristigen ökonomischen Vorteile des großen Marktes auf 175 bis 255 Mrd. ECU. Das entspricht einer Steigerung des Bruttosozialprodukts der Europäischen Gemeinschaft um 4,25 bis 6,5 Prozent und der Schaffung von 1,8 Millionen neuen Arbeitsplätzen.

Bei aller gebotenen Vorsicht gegenüber derartigen Rechnungen bestätigen sie doch sehr eindrucksvoll die ökonomischen Vorteile eines gemeinsamen Binnenmarktes.

Beachtenswert ist in jedem Falle die Argumentationskette der Studie. Sie zeigt sehr überzeugend, daß die Initialzündung für diese positiven Effekte vom Abbau der Grenzkontrollen und der Beseitigung der zahlreichen Handelshemmnisse ausgeht. Das heißt:

- Ohne Beseitigung der Grenzkontrollen und ohne Harmonisierung der indirekten Steuern wäre die Initialzündung für die neue Wirtschaftsdynamik in Europa mit Sicherheit wesentlich schwächer.

- Die Mitgliedstaaten hätten mit den Grenzkontrollen nach wie vor ein Instrument in der Hand, bereits beseitigte Barrieren wieder zu errichten. Anlässe dazu ließen sich nahezu beliebig finden.

- Auch in den Augen der Unternehmen würde ein wesentliches Element des Binnenmarktes fehlen.

Wir dürfen daher Verzögerungen beim Abbau der Grenzkontrollen nicht verharmlosen. Der Gemeinschaft

würde dadurch nicht lediglich die in der Cecchini-Studie genannte Kosteneinsparung von 8 bis 9 Mrd. ECU entgehen. Die Einbuße am Wirtschaftswachstum und Beschäftigung wäre weitaus größer. Bei diesen Fragen geht es also nicht um mehr oder weniger Pragmatismus bei der Verwirklichung des gemeinsamen Binnenmarktes, sondern um das politische Ziel selbst.

Selbstverständlich muß die Vollendung des Binnenmarktes mit möglichst wenigen Gemeinschaftsregeln erreicht werden.

Wir wollen den Binnenmarkt durch den Abbau nationaler Hemmnisse und nicht durch die Errichtung einer zentralen Bürokratie in Brüssel erreichen. Gemeinschaftsvorschriften müssen auf das unbedingt Notwendige beschränkt werden.

Niemand kann ernsthaft behaupten, daß der Vollendung des Binnenmarktes unlösbare Schwierigkeiten entgegenstehen oder mehr Markt die nationale Identität der Mitgliedstaaten beeinträchtigt.

Sollten wir uns heute im Streit über Einzelfragen verzetteln, würden wir nicht nur das Binnenmarktziel gefährden, sondern außerdem das marktorientierte Integrationskonzept, das gerade auch den Vorstellungen der Regierungen und Parlamente unserer beiden Länder entgegenkommt.

Wir können und müssen für strittige Fragen gemeinsam marktkonforme Lösungen erarbeiten. Dazu haben wir keine vernünftige Alternative.

Die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sind daher gut beraten, wenn sie sich rechtzeitig auf die Umwälzungen einstellen, die mit der Vollendung des Binnenmarktes zwangsläufig verbunden sind.

Mehr Markt bedeutet stets größere Chancen und intensiveren Wettbewerb - im Falle des Binnenmarktes nicht nur zwischen den Unternehmen, sondern auch zwischen den Regionen der Gemeinschaft.

Die Gemeinschaft leistet dabei mit der Verdoppelung der Strukturfonds bis 1993 wertvolle Hilfe. Befürchtungen, daß die wettbewerbsstarken Nordländer der Gemeinschaft die Vorteile der Binnenmarktintegration für sich einheimen könnten, während einige wettbewerbsschwächere Regionen im Süden auf der Strecke bleiben, halte ich nicht für gerechtfertigt.

Die Kombination der wettbewerbsstärkenden Binnenmarktmaßnahmen mit der Verdoppelung der Strukturfonds kann den schwächeren Regionen - auch nach Auffassung der Kommission - sogar zu einem besonderen Wachstumsschub verhelfen. Ein Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Spanien und Portugal beweist die Berechtigung dieser Erwartung, denn nirgends in der Gemeinschaft ist das Wachstum derzeit so intensiv wie gerade in diesen beiden Ländern. Spanien und Portugal sind zum Eldorado für Investoren aus aller Welt geworden.

Das Beispiel dieser beiden Länder, die auch in ihrer internen Politik auf die Gemeinschaft setzen, zeigt aber auch, daß es nicht nur von den Entscheidungen in Brüssel, sondern auch von den Reaktionen und von der Standortpolitik der Mitgliedstaaten abhängt, wie erfolgreich der Binnenmarkt sein wird.

Einige Folgerungen lassen sich schon heute ziehen:

- Kein Land wird durch die Vollendung des Binnenmarktes a priori in Bedrängnis gebracht. Im Gegenteil: Alle Mitgliedstaaten profitieren von den Wachstumsimpulsen der Marktintegration. Je höher das Wirtschaftswachstum ausfällt, desto leichter fallen die notwendigen Strukturanpassungen.

- Die Südländer können zunächst noch auf Standortvorteile - z. B. bei Lohnkosten - setzen. Auf längere Sicht müssen sie aber darauf achten, daß die Verbesserung ihrer Wettbewerbsposition durch Produktivitätssteigerungen auch zeitlich Schritt hält mit der tendenziellen Annäherung von Preisen und Kosten innerhalb der Gemeinschaft.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob sie ein Interesse daran haben können, schon jetzt die rasche Harmonisierung der sozialen Sicherungssysteme mit ihren Auswirkungen auf die Lohnnebenkosten in das Konzept des europäischen Sozialraums aufzunehmen.

- Der entscheidende Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Gemeinschaft muß vom gemeinsamen Binnenmarkt selbst kommen. Finanztransfers können - wie im nationalen Rahmen - immer nur flankierende Hilfen leisten. Dieser Tatbestand spricht ebenfalls gegen jeden Abstrich am Binnenmarktkonzept.

- Alle Mitgliedstaaten müssen ein Interesse daran haben, die positiven Auswirkungen der Marktintegration durch eine wirksame Zusammenarbeit in den wichtigen Politikbereichen zu verstärken.

Als ständige Herausforderung erweist sich die Koordinierung der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik. Hier geht es zunächst darum, den durch die Binnenmarktintegration entstehenden Handlungsspielraum für mehr inflationsfreies Wirtschaftswachstum gemeinsam auszuschöpfen.

An gutwilligen Absichtserklärungen fehlt es nicht. Aber das reicht nicht aus. Nach allen Erfahrungen fällt es den autonomen nationalen Regierungen und Parlamenten schwer, ihre Entscheidungen mit den Partnerländern tatsächlich abzustimmen.

Andererseits wachsen die EG-Länder mit der Vollendung des Binnenmarktes immer enger zusammen. Die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume der einzelnen Staaten werden kleiner, die Auswirkungen nationaler Aktivitäten auf die Partnerländer stärker. Der Zwang, zu einer verbindlicheren Zusammenarbeit überzugehen, wird immer deutlicher spürbar.

Hier geht es letztlich um den weiteren institutionellen Ausbau der Gemeinschaft, ein Kernproblem der Integrationspolitik. Es muß über die Kompetenzverteilung zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten neu entschieden werden. Oder um es in den Worten Jean Monnets auszudrücken:

„Genau hier stößt man auf das Grundprinzip bei der Schaffung Europas - die freiwillige Übertragung von Souveränitätsrechten durch Staaten, die bis dahin nur auf der Grundlage ihrer nationalen Souveränität bestanden haben und die nunmehr einen Teil ihrer Souveränität auf gemeinsame Institutionen übertragen, die sie an ihrer Stelle ausüben.“

Ich begrüße daher sehr, daß sich der Europäische Rat in Hannover seit langer Zeit zum ersten Mal mit den weiterführenden Perspektiven der Europäischen Gemeinschaft befassen konnte.

In Hannover bestand erneut Einvernehmen über das Ziel, daß die Integration zu einer Wirtschafts- und Währungsunion führen soll. Nach Auffassung der Bundesregierung gehören dazu eine dauerhafte Übereinstimmung der Wirtschaftspolitiken sowie eine autonome, der Stabilität verpflichtete EG-Notenbank.

Die überwiegende Mehrheit der europäischen Wirtschaft unterstützt diese Politik. Sie will den gemeinsamen Binnenmarkt und eine einheitliche Währung. Das wird nach einer neuen Umfrage des Pariser Demoskopie-Instituts Faits et Opinions und der europäischen Institute der Gallup-Gruppe eindrucksvoll bestätigt. Danach befürworten 86 Prozent der EG-Unternehmen im Gemeinschaftsdurchschnitt eine einheitliche Währung.

Die eigentliche Schwierigkeit bereitet der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion. Währungen reagieren außerordentlich sensibel auf Eingriffe und institutionelle Änderungen.

Die Funktionsfähigkeit des Währungssystems muß auf jeder Integrationsstufe in allen Teilen der Gemeinschaft gewährleistet sein. Dazu gehört auch die Absicherung der Währungsintegration durch ökonomische Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten.

Die Verfahrensentscheidung des Europäischen Rates von Hannover, die mehr Klarheit über die konkreten Etappen zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion bringen soll, ist daher sachgerecht.

Weitere Bereiche der Zusammenarbeit sind die Wettbewerbspolitik, die Umweltpolitik und die soziale Flankierung der Binnenmarktintegration.

Es wäre widersinnig, die Handelsschranken in der Gemeinschaft zu beseitigen und gleichzeitig Beihilfen und wettbewerbsbeschränkende Praktiken hinzunehmen. Die Gemeinschaft muß gegen Subventionen wirksam vorgehen können, und sie braucht ein Instrument zur Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen.

Auch die Umweltpolitik ist inzwischen in den Koordinierungskatalog der Gemeinschaft aufgenommen worden. Umweltverschmutzung macht bekanntlich nicht an Landesgrenzen halt. Die Zusammenarbeit zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist ferner aus ökonomischen Gründen geboten. Der Standortwettbewerb zwischen den einzelnen Regionen darf nicht zu Lasten der Umwelt ausgetragen werden.

Schließlich brauchen wir für die Vollendung des Binnenmarktes die Unterstützung der sozialen Gruppen.

Diesem Tatbestand hat der Europäische Rat in Kopenhagen mit seinen Hinweisen auf die soziale Dimension der Verwirklichung des Binnenmarktes Rechnung getragen. Dabei stehen Fragen des Arbeitsschutzes und der Ausbildung sowie der soziale Dialog im Vordergrund.

In all diesen Bereichen muß sich der institutionelle Ausbau der Gemeinschaft an föderativen Traditionen orientieren. Vorbild der Einigung kann nicht die zentralstaatliche Struktur einiger Mitgliedstaaten sein, die auch dort zunehmend in Frage gestellt wird.

Das heißt, der Gemeinschaft dürfen nur dort - und sollen dann auch - Kompetenzen zuwachsen, wo sie wirksamer als die Mitgliedstaaten agieren kann. Großräumige Lösungen müssen gut begründet sein.

Wie die Diskussion seit dem Europäischen Rat von Hannover zeigt, stößt der weitere institutionelle Ausbau der Gemeinschaft auf Widerstand. Ich bin zwar der Meinung, daß wir eine europäische Vision brauchen, um daraus einen Ansporn für die weitere Integration zu gewinnen.

Aber ich stimme auch durchaus der britischen Premierministerin Margaret Thatcher zu, die kürzlich in Brügge erklärt hat: „Community policies must tackle present problems in a practical way.“

Der beste Beweis für die Vitalität der europäischen Idee sind solche konkreten Fortschritte. Deshalb kann ich in solchen Äußerungen auch keine europafeindliche Haltung erkennen.

Eine andere Qualität haben die Bedenken, die in Drittländern gegen die europäische Einigung aufgekommen sind. Dort geht es vor allem um die Furcht, der regionale Zusammenschluß in Europa könnte zu einer Abschottung nach außen führen.

Dieses Thema wird auch in der Gemeinschaft heftig diskutiert. Einige Äußerungen aus den europäischen Reihen geben Anlaß zur Beunruhigung. Erschwerend macht sich bemerkbar, daß die Position der Anhänger des Freihandels in der Gemeinschaft durch die handelspolitische Diskussion in den USA nicht gestärkt wird. Leider schürt das neue US-Handelsgesetz die Furcht vieler Europäer vor einer protektionistischen Handelspolitik der USA.

Dennoch bin ich überzeugt, daß am Ende die handelspolitische Vernunft siegen wird. Es kann keine Festung Europa geben, die mit der Welt in dauerndem Streit liegt. Dafür sprechen handfeste Argumente und Sachzwänge:

Erstens kann die Gemeinschaft den wachstums- und beschäftigungspolitischen Erfolg der Binnenmarktintegration nur ernten, wenn sie nach außen offen bleibt. Die Logik des Binnenmarktes - mehr Wachstum und mehr Beschäftigung durch mehr Markt - gilt auch für die Wirtschaftsbeziehungen mit den Drittländern.

Bisher haben Gründung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft keinen Protektionismus ausgelöst. Im Gegenteil. Die Gemeinschaft hat den Abbau von Handelshemmnissen im GATT nachhaltig gefördert. Sie selbst wendet einen der niedrigsten Zolltarife der Welt an.

Zweitens ist die Gemeinschaft mit ihrer starken Einbindung in die Weltwirtschaft und ihrer Rohstoffabhängigkeit auf eine funktionierende multilaterale Arbeitsteilung angewiesen. Die Gemeinschaft muß sich daher Abschottungstendenzen, wo immer sie in der Welt auftreten, nachdrücklich widersetzen und darf selbst keinerlei Anlaß dazu geben.

Drittens haben wir ein ausgezeichnetes internationales Instrument, das auf die Offenheit der Märkte hinwirkt. Die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten sind wie die USA Vertragsparteien des GATT.

Die Nichtdiskriminierung einzelner Handelspartner, das grundsätzliche Verbot nichttarifärer Handelshemmnisse sowie der Grundsatz der globalen Reziprozität im Sinne einer umfassenden Ausgewogenheit von Vorteilen und Lasten bilden somit eine juristische Basis unserer Drittlandsbeziehungen.

Ich glaube daher nicht, daß die Vollendung des Binnenmarktes der EG das handelspolitische Klima in der Welt verschlechtern wird. Letztlich wollen wir Europäer uns lediglich einem Zustand nähern, den beispielsweise die Vereinigten Staaten von Amerika mit ihrem leistungsfähigen großen Markt von Anfang an verwirklicht haben. Sicher ist die gegenwärtige handelspolitische Diskussion nicht einfach. Wir werden um die Offenheit unserer Märkte immer neu ringen müssen.

Dabei wird die Bundesregierung aus Überzeugung und Tradition mit allem Nachdruck stets für eine offene Handelspolitik nach außen eintreten. Ich begrüße es sehr, daß Dänemark und die Bundesrepublik Deutschland in diesen wichtigen Fragen Seite an Seite stehen.

Ein konstruktiver Beitrag der Gemeinschaft zur Uruguay-Runde des GATT ist eine der wichtigsten Aufgaben für die kommenden Jahre. Dabei kann durchaus ins Feld geführt werden, daß die Vollendung des Binnenmarktes auch für Drittländer erhebliche Vorteile bringt. Der internationale Handel erhält zusätzliche Impulse. An die Stelle von zwölf nationalen Teilmärkten, in denen bisher noch jeweils unterschiedliche Normen und Vorschriften gelten, tritt ein einheitlicher Markt, in dem jedes Unternehmen Waren und Dienstleistungen anbieten und kaufen kann. In jedem Mitgliedstaat kann mit Wirkung für die gesamte Gemeinschaft investiert werden.

Diese enormen Vorteile kommen grundsätzlich auch Unternehmen aus Drittländern zugute. Die Gemeinschaft kann daher in den GATT-Verhandlungen von ihren Handelspartnern einen entsprechenden Abbau von Handelshemmnissen erwarten.

Die Forderung nach Reziprozität ist jedoch strikt abzulehnen, wenn sie Ware für Ware, Sektor für Sektor und Land für Land erhoben wird. Das würde nahezu zwangsläufig zu einer Eskalation des Protektionismus führen.

Bei aller notwendigen Konzentration auf die Vollendung des Binnenmarktes und die weitere Integration der EG dürfen wir auch niemals vergessen, daß Europa nicht an den Grenzen der EG endet.

Die EG-Integration darf nicht neue Trennlinien innerhalb Europas nach sich ziehen. Ich lege deshalb großen Wert darauf, die Entwicklung von ganz Europa und auch der angrenzenden Nachbarn - z. B. im Mittelmeerraum - im Auge zu behalten.

Besondere Qualität haben die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen der Gemeinschaft zu den EFTA-Staaten. Seit der Konferenz von Luxemburg im April 1984 hat sich die Zusammenarbeit in vielen Bereichen auch außerhalb der Freihandelsabkommen gut entwickelt.

Jetzt kommt es vor allem darauf an, parallel zur Vollendung des EG-Binnenmarktes möglichst mit allen EFTA-Staaten Regelungen zu treffen, die zu einem großen europäischen Wirtschaftsraum führen.

Dies ist ein ehrgeiziges Ziel, nicht nur vom Inhalt, sondern auch vom Verfahren her. Anders als im EG-Binnenmarkt gibt es keine supranationalen Organe und Strukturen. Fortschritte lassen sich nur im Konsens erzielen. Hier kann Dänemark mit seinen besonderen Beziehungen zu den skandinavischen EFTA-Staaten eine wichtige Brückenfunktion übernehmen.

Schon heute geht die europäische Einigung weit über ihre wirtschaftliche Bedeutung hinaus. Der gemeinsame Binnenmarkt ist kein Störfaktor für die Weltwirtschaft, sondern ein wichtiges Element der Stabilität.

Die Europäische Gemeinschaft ist Ausdruck des Selbstbehauptungswillens der Demokratien Europas. Ihre kraftvolle Entwicklung ist zugleich eine Chance für das Ost-West-Verhältnis.

Zukunftsorientierte Ost-West-Kooperation verlangt, daß jede Seite am Erfolg der anderen interessiert ist. Eine wirtschaftlich leistungsfähige Europäische Gemeinschaft ist daher ein guter Partner bei den großen Entwicklungsaufgaben in der Sowjetunion und in den anderen Staaten des Warschauer Paktes.

Mit der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung im Juni 1988 haben sich die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und dem RGW endlich normalisiert. Unser Ziel ist es jetzt, die Zusammenarbeit mit den einzelnen RGW-Staaten durch Handels- und Kooperationsabkommen zu intensivieren. Die Unterzeichnung eines solchen Abkommens mit Ungarn ist ein erster wichtiger Schritt.

Gerade die Außenbeziehungen der Gemeinschaft führen vor Augen, daß die Mitgliedstaaten am ehesten gemeinsam internationales Gewicht haben und nur gemeinsam ihre Zukunft aktiv gestalten können. Insoweit ist die hartnäckige Verteidigung der nationalen Souveränität durch einzelne Mitgliedstaaten zuweilen nur schwer nachvollziehbar.

In Wirklichkeit geht es darum, wie wir unsere Souveränität am besten bündeln und gemeinsam ausüben, damit sie wirksam bleibt.

Ich bin mir bewußt, daß es nicht immer einfach ist, selbst eine sachgerechte und gute politische Konzeption im Alltag durchzusetzen.

Im Hinblick auf die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft bin ich jedoch optimistisch. Wir Europäer haben ein vitales Interesse an einer starken Gemeinschaft und an einer guten Zusammenarbeit mit den Nachbarn und Partnerländern.

Ich möchte deshalb mit einer Aufforderung schließen, die Jean Monnet, der „Ehrenbürger von Europa“, bis in seine letzten Tage immer wieder eindringlich an seine Gesprächspartner gerichtet hat:

„Macht immer weiter! Für die Völker Europas gibt es Zukunft nur im Zusammenschluß.“